

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 01.03.2023
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Niedhammer

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

Dr. Werner Janjic

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Schritfführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlten:

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Julia Caterina May

Thomas Engeroff

Grüne-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Mathias Weickert

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Haushalt 2023
Vorlage: 20236115
4. Antrag des Ortsvorstehers
Zeitliche Abläufe bei Trauerfeiern
Vorlage: 20236153
5. Antrag der Sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Größe des Schulhofs in der Mozartschule Rheingönheim
Vorlage: 20236144
6. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
Informationstafel von Vereinen und Organisationen im Ortsbezirk
Vorlage: 20236079
7. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
Parkbänke im Luitpoldhain
Vorlage: 20236080
8. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
Führerscheinstelle Ludwigshafen- Terminvergabe
Vorlage: 20236096

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer. Für die heutige Sitzung haben sich Frau May (SPD), Herr Engeroff (SPD) und Herr Dr. Weickert (Die Grünen) entschuldigt.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen von Einwohnern vor.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass die Container in die Mozartschule gebracht und aufgestellt wurden. Dies ist relativ schnell geschehen. Jetzt kann man sehen, dass die Container eine große Fläche einnehmen. Die Nutzung wird zum neuen Schuljahr im September möglich sein.

Am Giulini-Parkplatz wurden Bäume gepflanzt und auch im Neubruch starten die Vorarbeiten für die Baumpflanzungen. Es handelt sich um die angeforderten Ersatzbäume.

Herr Zell (CDU) weist hier darauf hin, dass aufgrund der Trockenheit die Bäume gegossen werden müssen. Hierauf müsste noch einmal aufmerksam gemacht werden. Es muss in der Bevölkerung die Bereitschaft bestehen freiwillig einen Baum zu wässern.

Die VR-Bank hat zum Jahresende 2022 geschlossen. Die Umsätze an Schalter und Geldautomat waren rückläufig. Für ältere Mitbürger ist dies nicht nachvollziehbar. Herr Ortsvorsteher Wißmann betont, dass es sich hier um eine Entscheidung der Bank gehandelt hat, welche nicht durch den Ortsbeirat beeinflusst werden konnte.

Der Neujahrsempfang war gut besucht und im Gegensatz zu anderen Empfängen gab es keine Diskussionen wegen Migrationsproblemen. Die Aufregung kann Herr Ortsvorsteher Wißmann nicht nachvollziehen. Er war anwesend auf dem Neujahrsempfang in Friesenheim und hat die Ansprache von Herrn Ortsvorsteher Henkel gehört und so verstanden, dass er lediglich von den Käufern von Anwesen gesprochen hat, welche diese zu Unterkünften umwandeln, die nach dem Beherbergungsgesetz fragwürdig sind.

Auch im Ortsbeirat Ruchheim war die stundenweise „Abfertigung“ von Bestattungen ein Thema. Hierzu später mehr unter dem Tagesordnungspunkt 4.

Das Straßenfest und auch das alternativ geplante Stadtteilstadt werden nicht stattfinden. Es ist in der Hauptsache an fehlenden Helfern und auch am Zustand und den Bodenverhältnissen des Luitpoldhains gescheitert.

Der Ortsvorsteher wurde unterrichtet, dass in Rheingönheim Ladesäulen für E-Autos aufgestellt werden sollen auf dem P + R-Parkplatz am Giulini und in der Friedensstraße. Er hat Bedenken geäußert am Standort Grammophon, da hier die Stromanbindung quer über die Eduard-Jost-Straße erfolgen soll. Hier müsste man nicht unbedingt die Straße aufreißen und Kabel verlegen, wenn man als Standort die ehemalige Tierarztpraxis gegenüber nimmt. Sollte es aus dem Ortsbeirat Vorschläge für andere Standorte geben, dann bitte Bescheid sagen.

Hier entsteht eine Diskussion und die Ortsbeiratsmitglieder stellen fest:

Es fehlt die Information für den Ortsbeirat. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, muss der Ortsbeirat mit einbezogen werden. Folgende Fragen sind zu beantworten:

1. Wieviel Parkplätze fallen weg? Wird es dafür Ersatzparkflächen geben?
2. An welcher Stelle sollen die Ladesäulen stehen?
3. Wer ist der Betreiber?
4. Welche Kosten entstehen und wer trägt diese? Zur Kostenübernahme erbittet der Ortsbeirat eine ausführliche Erklärung.
5. Gibt es eine Nutzungsanalyse dazu?
6. Um welche Art von Ladestationen handelt es sich? Sind hier Schnellladestationen vorgesehen?
7. Wie hoch ist die Leistungsaufnahme? Wurde die Stabilität des Netzes geprüft?
8. Werden die Ladesäulen mit Ökostrom betrieben?
9. Was zahlt der Betreiber für die Stadt an Entschädigung für die Nutzung des öffentlichen Raumes?
10. Wo gibt es in Ludwigshafen Erdgastankstellen und Biogastankstellen?

Der Bereich Tiefbau wird die Rehbachbrücke bei der Waldmühle und den Tennisplätzen erneuern. Die Bauzeit wird voraussichtlich von April bis Oktober 2023 andauern. Eine Beschilderung wird entsprechend erfolgen.

Die Bezirkssportanlage soll laut Auskunft doch 2023 umgebaut werden.

Zur Deponieerweiterung gab es eine nichtöffentliche Online-Konsultation zur Bearbeitung der Einsprüche bis zum 13.02.2023. Im Großen und Ganzen müsste der Vorgang jetzt abgewickelt sein.

Der Bereich Öffentliche Ordnung ist auf den Ortsvorsteher zugekommen, weil die Gastronomen eine Verlängerung der Außengastronomie von 22.00 auf 23.00 Uhr beantragen möchten über die Sommermonate. Hier wurde nach der Meinung der Ortsvorsteher gefragt. Herr Ortsvorsteher Wißmann hat hier Bedenken. Eine allgemeine Regelung müsste her, um Diskussionen zu vermeiden, damit nicht ein Gastronom die Erlaubnis erhält und ein anderer nicht. Es wird wohl auch Diskussionen mit den Nachbarn geben. Gerade wenn man bedenkt, dass zur Pyjama-party beim TV um 22.30 Uhr der KVD gerufen wurde.

Der Band 2 der Ortschronik ist seit 23.02.23 verfügbar und wird hier im Ortsvorsteherbüro verkauft.

Am 17.05.2023 gibt es eine Theatervorstellung vom Boulevard-Theater Deidesheim in der TG-Halle. Die Karten sind bei Frau Cirulli erhältlich.

Der Stadtteilverein wird sich in Zukunft mehr um solche Kulturveranstaltungen bemühen. Allerdings muss der Verein noch etwas bekannter werden. Es gibt derzeit nur 20 Mitglieder. Das ist zu wenig um etwas vernünftig abzuwickeln. Kulturelle Veranstaltungen sind besser zu leisten als das Straßenfest, welches wohl nie mehr stattfinden wird. Ob im Luitpoldhain Veranstaltungen durchgeführt werden können, ist auch fraglich.

Herr Ortsvorsteher Wißmann erläutert, dass aus dem Dezernat 3 in der Vergangenheit 40.000,00 Euro an den Wildpark zur Verfügung gestellt wurden, damit Ludwigshafener Kinder aus städtischen Kindergärten und Schulen das Haus der Naturpädagogik nutzen konnten. Diese Leistung soll eingespart werden. Hier muss eine anderweitige Lösung gefunden werden, damit die Kinder weiterhin kostenlos in den Wildpark gehen können.

zu 4 Antrag des Ortsvorstehers Zeitliche Abläufe bei Trauerfeiern

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat folgenden Antrag gestellt:

Die zeitlichen Abläufe bei Trauerfeiern in Rheingönheim sind - nachdem nur noch dienstags Bestattungen stattfinden und diese im Stundentakt abgewickelt werden - nicht akzeptabel. Durch den Wechsel der Blumendekoration, durch Verzögerungen bei einzelnen Trauerfeiern, bleibt den Trauergästen kaum Zeit den Hinterbliebenen würdevoll zu kondolieren. Dieser Schnelldurchlauf ist pietätlos.

Wir fordern den Zeitablauf zu verlängern, so dass mindestens 1 Stunde 15 Minuten besser noch 1 Stunde 30 Minuten zwischen den Trauerfeiern bleibt. Sollte das als Verlängerung in den Nachmittag nicht gehen, müsste entsprechend früher begonnen werden.

Aus dem Bereich 4-21 wurde folgende Stellungnahme dazu abgegeben:

„Seit dem 01.01.2022 werden die Trauerfeiern und Beisetzungen so organisiert, dass man an bestimmten Tagen die Trauerhallen nutzt. Diese Umorganisation im Zuge der Friedhofsentwicklungsplanung spart Energie und Kosten, da die Hallen nur an bestimmten Tagen geheizt werden müssen und die Fahrzeiten der Mitarbeitenden wesentlich verringert wurden. Die Termine für Trauerfeiern (diese dauern max. 30 Minuten, danach folgt die Beisetzung) werden beispielsweise auf dem Hauptfriedhof schon seit langem im Stundentakt vergeben, die Gärtnereibetriebe haben sich darauf eingestellt. Friedhofsverwaltung und Friedhofsverwalter reagieren entsprechend der Anzahl der Bestattungen. So werden z. B. weitere Mitarbeitende eingesetzt, um die Halle wieder für die nächste Trauerfeier herzurichten oder beim Verschließen des Grabes zu unterstützen.“

Eine Ausweitung der zeitlichen Abläufe auf 75 oder 90 Minuten würde energetischen, ökonomischen und mitarbeiterfreundlichem Handeln widersprechen und eine Erhöhung der Gebühren nach sich ziehen. Die Hinterbliebenen können jedoch gerne längere Zeiträume gegen entsprechende höhere Entgelte buchen.“

Herr Ortsvorsteher Wißmann hat mit einem Bestattungsdienst vor Ort gesprochen und erfahren, dass von Angehörigen gewünschte Verlängerungen oft gar nicht angenommen werden, weil es an diesem Tag schon zu viele Bestattungen gibt. Falls dienstags ein Feiertag ist und die Bestattung um eine Woche verschoben werden muss, dann entstehen den Angehörigen weitere Kosten für die Kühlzellennutzung. Wird die Aufbewahrung über 10 Tage verlängert, dann muss sogar das Gesundheitsamt zustimmen und auch hier entstehen Gebühren.

Ein Vorschlag des Bestattungsdienstes ist, dass auf jeden Fall mittwochs Bestattungen stattfinden sollen, wenn dies dienstags nicht möglich ist, z. B. wegen Feiertag.

Der Ortsvorsteher schlägt vor, die Antwort zur Kenntnis zu nehmen, aber weiterhin die Entwicklung zu beobachten. Damit sind einige Ortsbeiratsmitglieder nicht einverstanden.

Herr Zell (CDU) möchte den Antrag des Ortsvorstehers erweitern. Seine Frage ist, warum man die Vorgehensweise nicht der Situation anpassen kann, z. B. früher mit den Bestattungen anfangen oder länger in den Nachmittag gehen. Zielorientiert sollte eine Analyse erstellt werden.

In diesem Zusammenhang möchte er wissen:

Was hat die Stadt dazu beigetragen die Trauerhalle energetisch auf den Zustand „Energiehaus Plus“ zu bringen? Welche Heizungsanlage wird hier betrieben? Was für eine Dämmung gibt es?

Er wünscht eine analytische Stellungnahme.

Die Stadt muss aufgefordert werden, innerhalb von 10 Tagen einen Verstorbenen zu bestatten. Alles andere ist pietätlos.

Herr Dr. Schell (FDP) weist auf ein Recht für einen würdevollen Abschied hin. Das kann nicht im 30-Minuten-Takt geschehen. Den Hinterbliebenen ist die Zeit zu gewähren, wenn sie mehr möchten. Die Stadt muss dann umorganisieren, wenn dies nicht möglich ist.

Die Antwort wird abgelehnt und die Ortsbeiratsmitglieder werden einen gemeinsamen, ergänzten Antrag stellen zur nächsten Sitzung.

zu 5 Antrag der Sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat Größe des Schulhofs in der Mozartschule Rheingönheim

Die sozialliberale Fraktion hat folgenden Antrag gestellt:

Mittlerweile haben die Bauarbeiten auf dem Schulhof zum Bau der Schulcontainer begonnen. Durch die Fundamentarbeiten, aber auch durch das Lagern von Baumaterialien und dem Abstellen von Baumaschinen kann ein beträchtlicher Teil des Schulhofs nicht für Schulpausen genutzt werden. Auch nach dem Abschluss der Arbeiten, wenn die Container aufgebaut sind, fehlen einige Quadratmeter zur ursprünglichen Größe.

Eine überschlägige Rechnung hat ergeben, dass auf den dann zur Verfügung stehenden Fläche nicht mehr genügend Platz für die fast 400 Schüler zur Verfügung steht. Lt. einschlägiger Quellen (z.B. Amtsblatt RLP Nr. 3 vom 29.03.2010) soll „die Größe des Pausenhofes (soll) in der Regel 5 m² je Schülerin oder Schüler betragen.“ Gleichlautende Angaben finden sich ebenfalls auf den Bildungsservern anderer Bundesländer.

Die Fraktion fordert den nach der Fertigstellung der Container zur Verfügung stehenden Platz zu berechnen und mit der geforderten Fläche abzugleichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass von einem raschen Rückbau der Container nicht auszugehen ist.

Sollte diese Rechnung zum Ergebnis kommen, dass die nun zur Verfügung stehende Fläche zu klein ist, müssen umgehend Maßnahmen ergriffen werden, damit im Schuljahr 2023/24 eine ausreichende Pausenfläche für die Grundschülerinnen und Grundschüler zur Verfügung steht.

Die Fraktion schlägt vor, im ohnehin als Spielplatz deklarierten Mozartpark eine Fläche entsprechend zu ertüchtigen. Die aktuellen Grasflächen sind unserer Meinung nach nicht geeignet, dass diese durch Müll (z.B. Glasscherben) und Hundefäkalien verunreinigt sind bzw. ständig wieder verunreinigt werden. Bei einem Umbau soll möglichst keine Versiegelung des Bodens vorgenommen werden.

Wir bitten um Stellungnahme in dieser Sache bzw. um Projektierung und Umsetzung.

Herr Ortsvorsteher Wißmann liest die Stellungnahme des Bereichs Gebäudemanagement vor:

„Der eingezäunte Spielplatz neben dem Schulgebäude auf dem ehemaligen Friedhof eignet sich grundsätzlich als Erweiterung des Schulhofs.

Der Zaun könnte kurzfristig und mit geringem Aufwand angepasst und erweitert werden. Dann wäre ein direkter Zugang vom Schulhof auf den Spielplatz und die Wiese möglich.

Am Nachmittag würde der Spielplatz dann weiter der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Der Vorgang ist derzeit in Prüfung mit den beteiligten Bereichen 4-15 Umwelt und 3-13 Schulen. Über das Ergebnis wird die Verwaltung zeitnah berichten.“

Die Ortsbeiratsmitglieder sind mit dem Vorschlag so nicht einverstanden. Für die Allgemeinheit soll diese Fläche nachmittags nicht mehr zur Verfügung stehen und sie soll auch nur aus Richtung Schulhof zu betreten sein.

Ein Ortstermin für diese Maßnahme wird gewünscht.

**zu 6 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
Informationstafel von Vereinen und Organisationen im Ortsbezirk**

Herr Zell (CDU) liest die Anfrage vor:

Bürgerinnen und Bürger Rheingönheims, insbesondere Neubürger, wundern sich sehr darüber, dass an zentralen Stellen im Ort keine Tafeln mit einer Gesamtübersicht aller Organisationen und Vereine, insbesondere deren Aktivitäten zu finden sind.

Sich neu zu orientieren und die Angebote allumfänglich lesen zu können stellt viele vor eine besondere Herausforderung. Schaukästen im Ort befinden sich an Stellen, an denen man eher nicht vorbeiläuft bzw. diese erst gar nicht zur Kenntnis nimmt.

Deshalb möchten wir Folgendes anfragen:

1. An welchen Stellen würde aus Sicht der Verwaltung das Errichten von Info-Tafeln möglich sein (Ortsmitte, Ortsbeginn, Ortsende...)?
2. Wie sind die Besitzverhältnisse dieser Flächen?
3. Wer wäre zuständig für die Pflege und den Erhalt der Info-Tafeln?
4. Welche Kosten würden für eine solche Maßnahme entstehen und wer trägt diese?

Aus dem Büro der Oberbürgermeisterin kam die folgende Stellungnahme:

„Nicht möglich aufgrund der Haushaltslage und Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen“

Die Ortsbeiratsmitglieder sind nicht zufrieden mit dieser Stellungnahme. Die Fragen wurden nicht beantwortet. Alle Punkte sollen hier abgearbeitet werden unter der Prämisse, dass der Haushalt nicht belastet wird und die Finanzierung durch Sponsoren sichergestellt wird. In anderen Ortschaften ist dies auch möglich.

Herr Zell bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass es sich bei dieser Antwort um eine Respektlosigkeit gegenüber dem Ortsbeirat handelt.

**zu 7 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
 Parkbänke im Luitpoldhain**

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt die Anfrage vor:

Bürgerinnen und Bürger Rheingönheims, insbesondere Seniorinnen und Senioren, klagen über fehlende Sitzgelegenheiten im Park „Luitpoldhain“. Gerade an Sommertagen sollten doch Parkbänke zum Verweilen in dieser kleinen, beschaulichen Parkanlage einladen.

Die Ruhe genießen und den Blick ins Grüne schweifen zu lassen halten wir in der heutigen Zeit als besonders erstrebenswert und gesundheitsfördernd.

Deshalb möchten wir Folgendes anfragen:

1. Ist die Ausstattung der Parkanlage „Luitpoldhain“ mit Parkbänken geplant?
2. Wenn ja, wann und wie viele?
3. Wenn nein, warum nicht?

Sollte die Verwaltung aufgrund der knappen Finanzmittel keine Möglichkeiten haben, diesem Wunsch zeitnah nachzugehen, fragen wir Weiteres an:

4. Wann werden finanzielle Mittel für dieses Projekt in den Haushaltsplan eingestellt?
5. Welches Budget ist dazu erforderlich?

Hierzu liegt keine Stellungnahme vor.

Allerdings hat Herr Ortsvorsteher Wißmann ein Telefonat geführt mit dem Bereich Grünflächen und Friedhöfe. Es stehen aus Beständen 2 Parkbänke zur Verfügung, welche man aufstellen kann. Mit der LUKOM sind die Standplätze auch abgesprochen im Hinblick auf die Kerwe usw.

**zu 8 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und Bündnis 90/die Grünen im Ortsbeirat
Führerscheinstelle Ludwigshafen- Terminvergabe**

Herr Zell (CDU) stellt die Anfrage vor:

Bürgerinnen und Bürger berichten fortdauernd über die unzureichende Terminvergabe der Führerscheinstelle der Stadt Ludwigshafen. Termine die im Januar 2023 angefragt wurden können aktuell nicht bedient werden!

Die Behauptungen wurden zeitnah geprüft und mit dem im Anhang befindlichen Screenshot belegt.

Deshalb fragen wir Folgendes an:

1. Welche durchschnittlichen Wartezeiten zur Terminvergabe werden aktuell erfasst?
2. Mit wie vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Führerscheinstelle regelmäßig besetzt?
3. Wie hoch ist der Krankenstand im Bereich der Führerscheinstelle?
4. Welche Maßnahmen wurden bisher für eine zeitnahe Terminvergabe ergriffen?
5. Wie erfolgreich waren diese?

Gerade in der jetzigen Zeit, in der wir von erhöhtem Fachkräftemangel sprechen ist es fatal, die Vergabe von Fahrerlaubnissen bzw. alle Belange bezüglich des Fahrerlaubniswesens in einem solchen unzuverlässigen System zu bearbeiten.

Daher fordern wir die Verwaltung auf, Ihren Aufgaben gegenüber den Antragstellerinnen und Antragstellern gerecht zu werden und die Erweiterung der Terminfenster unverzüglich zu veranlassen.

Fahrerlaubnisse die nicht zeitnah beantragt bzw. verlängert werden können tragen zur Schwächung unserer Wirtschaft bei. Dies ist in der momentanen Situation so nicht hinnehmbar.

Aus dem Bereich Straßenverkehr wurde die folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die Fahrerlaubnisbehörde (Zulassen von Personen) ist eine Abteilung mit umfangreichen Aufgaben.

Sie umfasst u. a. die Gebiete Fahrerlaubnis, Berufskraftfahrer, Fahrschulwesen, Taxigewerbe, um nur einige zu nennen.

Für den Pflichtumtausch wurden im Team „Frontoffice“ zwei neue Stellen geschaffen, sodass dieses Aufgabengebiet mit 5,75 Personaleinheiten besetzt ist.

Die Räumlichkeiten der Führerscheinstelle lassen grundsätzlich eine Vorsprache von fünf Bürger*innen gleichzeitig zu. Aufgrund der Pandemie bedingten Maßnahmen – aber auch der datenschutzrechtlichen Vorgaben – können drei Bürger*innen gleichzeitig vorsprechen. Ein „Expressschalter“ ohne Terminvereinbarung wird für Dokumentenabholung oder berufsbedingter Dringlichkeit ergänzend angeboten.

Lediglich für die planbaren Termine besteht die online-Terminvergabe.

Durch die Möglichkeit der Terminbuchung stellt sich immer wieder heraus, dass Kunden nicht sorgsam das vorhandene Kontingent nutzen. Teilweise buchen sich Bürger*innen mehr als fünf Termine, ohne sich dessen bewusst zu sein, dass sie damit ohne persönlichen Nutzen anderen die Chance für einen Termin nehmen. Eine Stornierung oder Rücksprache mit der Fachabteilung erfolgt nicht. Deshalb führt die Fachabteilung im Interesse der Kundentreue unzählige Telefonate, um mehrfache Terminbuchungen zu bereinigen. Zusätzlich ist somit die telefonische Erreichbarkeit der Behörde massiv eingeschränkt. Somit unternimmt die Behörde alles Mögliche, um effizient die Abläufe zu sichern.

Auch Fehlbuchungen durch Kunden des Rhein-Pfalz-Kreises führten in den letzten Monaten zu erheblichen Schwierigkeiten.

Die Führerscheinstelle ist aktuell vollbesetzt. Im Hinblick auf Krankenstände sind keine nennenswerten Ausfälle zu verzeichnen.

Fazit:

Es wird nach wie vor alles versucht, die Anliegen der Bürger*innen schnell und problemlos zu bearbeiten. Auch die Termine durch die Kreisverwaltung und den Pflichtumtausch haben sich wieder normalisiert.“

Aus dem Ortsbeirat ergeht der Hinweis an den Bereich Straßenverkehr, dass es in der heutigen Zeit unklar ist, wie eine EDV so mangelhaft konstruiert sein kann, dass es Doppelbelegungen gibt. Es handelt sich um unzureichende Funktionalität einer eingekauften Software. Hier besteht massiver Handlungsbedarf. Wir erwarten in Kürze eine Modernisierung in dem Bereich Fahrerlaubnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
20:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.03.2023

Martina Majorosi
Schriftführer/in

Wilhelm Wißmann
Vorsitzende/r